

Streikflut in Lübeck: Beschäftigte wehren sich gegen niedrige Löhne!

Streik in Kiel am 19.03.2025: Beschäftigte fordern höhere Löhne nach gescheiterten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst.



Kiel, Deutschland - In der laufenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst ist es zu einem Scheitern der Verhandlungen gekommen, was nun extensive Warnstreiks zur Folge hat. Die Gewerkschaft ver.di hat die Beschäftigten in Lübeck zu einem Warnstreik aufgerufen, dessen Hintergrund im gescheiterten Tarifverhandlungsprozess zu suchen ist. Auch in Kiel fand ein Streik statt, der verschiedene Bereiche betraf.

Wie **NDR** berichtete, traten gestern bereits über 1.500 Menschen in Kiel für ihre Forderungen ein, während die Polizei etwa 300 Teilnehmer zählte. Die derzeitigen Warnstreiks zielen darauf ab, Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen, die Verhandlungsposition zu verbessern und die

Verweigerungshaltung der Arbeitgeber nicht länger zu akzeptieren. Markus Ameln, Gewerkschaftssekretär, betonte, dass dieser Streik nur der Anfang sei und eine mögliche Eskalation des Arbeitskampfes bevorstehe.

Details der Warnstreiks und Tarifverhandlungen

In Lübeck werden unter anderem folgende Bereiche von den Warnstreiks betroffen sein: Entsorgungsbetriebe, Stadtreinigung, städtische Senioreneinrichtungen, Stadtwerke Lübeck, Theater Lübeck und Wasserstraßen- sowie Schifffahrtsämter. Auch die Beschäftigten der Kreise Ostholstein, Herzogtum Lauenburg und Stormarn, Jobcentern und Agencies für Arbeit sowie der Sana Kliniken Lübeck und AMEOS Eutin sind betroffen. Der Warnstreik wird voraussichtlich zu erheblichen Beeinträchtigungen im regulären Betriebsablauf führen, mit einem Demozug, der um 10 Uhr in Lübeck starten soll.

Auf gesamtstaatlicher Ebene sind die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst, die für über 2,5 Millionen Beschäftigte von Kliniken, Kitas, Flughäfen und weiteren öffentlichen Einrichtungen relevant sind, gescheitert. Dies wurde von Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam bekannt gegeben, die vier Tage dauerte. Die Gewerkschaften forderten eine Erhöhung von 8% oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat sowie zusätzliche freie Tage. Die Arbeitgeber boten hingegen eine Lohnerhöhung von 5,5%, ein höheres 13. Monatsgehalt und bessere Schichtzulagen an, was jedoch als unzureichend angesehen wurde.

Wie **ZDF** ergänzte, wird nun ein Schlichtungsverfahren angestrebt. Während dieses Verfahrens sind Warnstreiks jedoch nicht erlaubt, was eine Friedenspflicht bedeutet. Die Schlichtung soll innerhalb einer Woche eine Empfehlung abgeben, und in der Zwischenzeit wird ein „Zeit-statt-Geld-Modell“ vorgeschlagen, bei dem Teile der Jahressonderzahlung in freie Tage

umgewandelt werden könnten. Die Schlichtungskommission wird von Roland Koch (CDU) und Hans-Henning Lühr (SPD) geleitet.

Details	
Vorfall	Streik
Ursache	Scheitern der Tarifverhandlungen
Ort	Kiel, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de